

1
84

Union in Deutschland

Bonn, den 12. Januar 1984

Europawahlkampf 1984

Aufwärts mit Deutschland – Mit uns für Europa

Mit dem neuen Jahr hat für die CDU der zweite Abschnitt ihres Wahlkampfes für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984 begonnen. Das Motto lautet: Aufwärts mit Deutschland — Mit uns für Europa. Als Symbol wurde eine Kombination aus der Europaflagge und dem schwarzrotgoldenen CDU-Zeichen gewählt. Damit wird auch optisch zum Ausdruck gebracht, daß die CDU die deutsche Europapartei ist — von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, erklärte Bundesgeschäftsführer Peter Radunski vor der Presse in Bonn.

Grundlagen für den Wahlkampf werden sein: das vom Kongreß der Europäischen Volkspartei (EVP) vom 2. bis 4. April in Rom verabschiedete Wahlprogramm sowie die Europabeschlüsse des CDU-Bundesparteitages, der vom 9. bis 11. Mai in Stuttgart stattfindet. Schwerpunkte dieser programmatischen Aussagen sind:

1. Arbeit und Wirtschaft
2. Umwelt
3. Frieden in Europa und in der Welt
4. Freiheit und Freizügigkeit

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ ARBEITSMARKT

Entspannung setzt sich fort

Seite 4

■ SOZIALPOLITIK

Meilensteine des richtigen
Weges: Vermögensbildung und
Vorruhestand

Seite 5

■ KOMMUNEN

Der Bund läßt die Gemeinden
nicht im Stich

Seite 8

■ INFORMATION

DGB kein „Staat im Staate“

Seite 9

■ BUNDESPARTEI

Erfolgreiche Aktion
für den Frieden / Bilanz der
10 000 Friedenstag

Seite 11

■ ÖA

Videofilm und Europakalender

Seite 13

■ STICHWORT

Neuregelung des Zivildienstes

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Die wichtigsten Neuregelungen
der Änderung des Parteien-
gesetzes für die praktische
Finanzierungsarbeit

grüner Teil

Eine Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung von Dezember 1983 hat ergeben, daß für die Deutschen die Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Seit Januar 1983 sind die Zustimmungswerte zur EG deutlich von 61,6 Prozent auf 69,0 Prozent im Oktober 1983 gestiegen. Auf der Basis dieser breiten Zustimmung wird die CDU ihren Wahlkampf führen und die Wähler für Europa aktivieren. Der Europawahlkampf der CDU wird ein Mobilisierungswahlkampf für die europäische Idee werden.

In der kommenden Vorwahlkampfphase bis Ostern (22. April) heißt für die CDU die Devise: Aktivieren durch Informieren. Im Vordergrund stehen dabei insgesamt acht Regionalkonferenzen der Landesverbände, an denen Mitglieder der CDU bis hinunter zum Ortsverband teilnehmen werden. Nach der bisherigen Planung sprechen auf allen Regionalkonferenzen auch CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und der Europaspitzenkandidat der CDU, Egon Klepsch.

Der inhaltlichen Vorbereitung dient ferner

Die Wende ist da

Zu der Umfrage des Allensbach-Instituts über die optimistischen Erwartungen der Bundesbürger für das Jahr 1984 erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner: Die Allensbach-Umfrage zur Jahreswende bestätigt, daß die gute Stimmung der Bevölkerung der Lage entspricht. Seit dem letzten Jahr sind die Hoffnungen der Bundesbürger von 34 auf 45 Prozent gestiegen; die Befürchtungen sind von 32 auf 22 Prozent im gleichen Zeitraum gesunken. Die vielen Besserwisser, die noch vor kurzem gespottet und ihre Witze über die Wende gerissen haben, sind verstummt, denn die Wende ist da. Wir können tatsächlich optimistisch in die Zukunft sehen.

ein Europakongreß Ende Februar im Bonner Konrad-Adenauer-Haus unter dem Motto „Wachstum, neue Techniken, Arbeit Europa in den 80er Jahren“. Außerdem tagt im Februar die EVP-Fraktion in Bonn.

Für die Aktionen in dieser Vorwahlkampfphase stellt die Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Informationsmaterialien zur Verfügung. Dazu gehören u. a.:

eine erste Europazeitung
ein Europavideofilm

Informationsbroschüren und Rahmenmaterialien für Veranstaltungen vor Ort

Auftakt des Hauptwahlkampfes nach Ostern ist der Europatag in Aachen mit Helmut Kohl als Hauptredner (5. Mai). Diesem Europafestival mit Helmut Kohl folgen vier weitere in Ludwigshafen, Köln, Saarbrücken und Hannover. Außerdem finden ein gutes Dutzend Großveranstaltungen mit Helmut Kohl schwerpunktmäßig in der Bundesrepublik statt.

Parallel zu diesen Veranstaltungen wird die CDU den Wahlkampf mit zahlreichen Aktionen bürgernah begleiten. Kernstück ist das CDU-Europaschiff, das bis zum Wahltag am 17. Juni 150 Orte der Bundesrepublik erreicht haben wird.

Die CDU-Europaschifftournee läuft zweigleisig:

1. ein Schiff auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen
2. zwei Schiffe auf Rädern von je 15 m Länge für öffentliche Plätze und Fußgängerzonen.

Die Schiffe sind nicht nur attraktiver Blickfang, sondern gleichzeitig auch eine Kommunikationsplattform, d. h. ein CDU-spezifischer mobiler Ausstellungspavillon und mehrfach einsetzbarer Informationsträger. Die Schiffe sind ausgestattet mit einer Reihe von Informationsmitteln, z. B. Video, Ausstellung, Computer usw. Vor Ort ist das Schiff Mittelpunkt für vielfältige Aktivitäten der CDU-Verbände, die das bestehende Aktions- und Informationsprogramm beliebig um ein eigenes Programm erweitern können.

Regionalkonferenzen zum Europawahlkampf

Folgende Termine sind für die Regional-
konferenzen vorgesehen:

1. Bereich Nord

**LV Schleswig-Holstein, Berlin, Bremen,
Hamburg**

Samstag, 3. März 1984: CCH Hamburg —
Saal 2, 11 Uhr

2. **LV Rheinland**

Samstag, 10. März 1984: Mercatorhalle,
Duisburg, 11 Uhr

3. **LV Hessen**

Samstag, 17. März 1984: Frankfurt (im
Rahmen eines Landesparteitages)

4. **LV Saar**

Mittwoch, 21. März 1984: Saarbrücken,
Johannishof, 19 Uhr

5. **LV Westfalen-Lippe**

Samstag, 24. März 1984, Borken, Stadthalle,
11 Uhr

6. **LV Rheinland-Pfalz**

Freitag, 30. März 1984, Speyer, Stadthalle,
18 Uhr

7. **CDU Niedersachsen**

Samstag, 31. März 1984, Cuxhaven (im
Rahmen eines Landesparteitages)

8. **LV Baden-Württemberg**

Samstag, 7. April 1984, Böblingen, 11 Uhr

II. Europa-Festivals

Europatag

Samstag, 5. Mai 1984

Aachen, Auf dem Katschhof

Beginn: 11 Uhr

Internationaler Arbeitnehmerkongreß

Samstag, 19. Mai 1984

Ludwigshafen, Friedrich-Ebert-Halle

Beginn: 10 Uhr

Europa-Festival der Frauen

Samstag, 26. Mai 1984

Köln, Messehallen

Beginn: 11 Uhr

Europa-Festival der Jugend

Samstag, 31. Mai 1984

(Christi Himmelfahrt)

Saarbrücken, Deutsch-Französischer
Garten

Beginn: 11 Uhr

**Treffen der europäischen
Kommunalpolitiker:**

Samstag, 2. Juni 1984

Hannover, Eilenriedehalle

Beginn: 11 Uhr

**Vertreter der CDU im
Politischen Bureau der EVP**

Gemäß § 31 Abs. 4 Statut der CDU bestä-
tigt der Bundesausschuß der CDU am 12.
Dezember 1983 den Beschluß des Bun-
desvorstandes der CDU vom 13. Juni
1983, folgende Vertreter der CDU für das
Politische Bureau der Europäischen
Volkspartei (EVP) zu benennen:

Ordentliche Mitglieder:

Dr. Helmut Kohl

Dr. Heiner Geißler

Dr. Philipp v. Bismarck

Dr. Egon A. Klepsch

Dr. Carl Otto Lenz

Dr. Axel Zarges

Dr. Peter Hartmann

Peter Radunski

Rudolf Seiters

Kai-Uwe von Hassel

Dr. Bernhard Worms

Stellvertreter:

Prof. Dr. Wilhelm Hahn

Paul Schnitker

Th. Kropp

Hans Katzer

Dr. Wolfgang Schäuble

Dr. Hans-Gert Pöttering

Dr. Günther Rinsche

Rudolf Luster

Marlene Lenz

Kurt Wawrzik

Dr. Isidor Früh

■ ARBEITSMARKT

Entspannung setzt sich fort

Die konjunkturelle Entspannung auf dem Arbeitsmarkt setzt sich, wie auch bereits in den zurückliegenden Monaten, weiter fort; die saisonbereinigte Erhöhung der Arbeitslosigkeit ist wesentlich geringer als im Vorjahr. Der für Dezember 1983 im Vergleich zu den Vorjahren erfreulich niedrige Anstieg der Zahl der Arbeitslosen in Verbindung mit einem weiteren Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen nunmehr seit September 1983 im vierten Monat hintereinander signalisiert, daß der Gipfelpunkt der Arbeitslosigkeit im Frühjahr 1984 überschritten werden dürfte, stellt der sozialpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Haimo George, fest.

Im Januar und Februar 1984 muß gegenüber Dezember 1983 noch mit einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden (eventuell mit einem Höchststand über dem Niveau von Februar 1983 von 2.535.836 Arbeitslosen). Auch die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen dürften in den ersten Monaten des Jahres 1984 noch ansteigen. Dies entspricht dem jahreszeitlichen Verlauf zurückliegender Jahre.

Der Arbeitsmarkt hat sich aber 1983 insgesamt besser entwickelt als erwartet; positive Perspektiven für den Verlauf des Jahres 1984 sind unverkennbar. Die von der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten Zahlen über die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit des Jahres 1983 liegen weit unter den Prognosen von 2,35 Millionen bei der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1983. Besonders erfreulich ist

die stark gewachsene Zahl der Vermittlungen in Arbeitsverhältnisse im Vergleich zu 1982. Nicht unwesentlich hat zu dieser positiven Bilanz auch die Kraftanstrengung der Wirtschaft beigetragen, die rund 50.000 zusätzliche Ausbildungsstellen geschaffen hat. Für 1984 konnte bei den Eckdaten für die Haushaltsplanung vom Sommer 1983 die Annahme von 2,49 Millionen Arbeitslosen in der Schlußberatung des Bundeshaushalts 1984 auf 2,38 Millionen zurückgenommen werden. Gegen Ende 1984 dürfte es weniger Arbeitslose geben als Ende 1983.

1984 ist ein besonders schwieriges Jahr, da bei einem nach wie vor nur sehr begrenzten Spielraum für nominelle Erhöhungen der Löhne und Gehälter die gewerkschaftlichen Forderungen auf Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder der Lebensarbeitszeit durch Vorruhestandsregelungen zielen. Zur „politischen Erblast“ aus der Ära der SPD-Regierung Schmidt gehört auch die für die Sozialpartner — besonders die Gewerkschaften — sehr bedrückende Ausgangslage für Verhandlungen sowohl über Lohn- wie auch Rahmentarifverträge, daß bereits jeder Versuch einer Vollausschöpfung des Produktivitätszuwachses zugunsten des Privatkonsums oder des Freizeitzuwachses vorerst einer Zementierung der Massenarbeitslosigkeit gleichkäme. Zunächst sollten daher Tarifabschlüsse vorrangig dem Ziel der allmählichen Rückführung der Arbeitslosigkeit Rechnung tragen.

Ist wieder annähernd Vollbeschäftigung erreicht, könnten auch wieder Auseinandersetzungen über Löhne und Arbeitszeiten ausgetragen werden, ohne Beschäftigung, Wachstum und öffentliche Finanzen so zu gefährden wie in der trotz unverkennbarer Besserung zur Zeit immer noch labilen und gefährdeten wirtschaftlichen und sozialen Gesamtsituation. 1984 wären Tarifabschlüsse am sinnvollsten, die auch die zusätzlichen Chancen des neuen Vermögensbeteiligungsgesetzes für die Arbeitnehmer nützen würden.

■ SOZIALPOLITIK

Meilensteine des richtigen Weges: Vermögensbildung und Vorruhestand

Zwei wichtige sozialpolitische Initiativen haben zum Jahreswechsel die Weichen eindeutig in die richtige Richtung gestellt: Zum einen ist es das zum 1. Januar 1984 in Kraft getretene neue Vermögensbeteiligungsgesetz, zum anderen der am 19. Dezember 1983 vom Bundeskabinett beschlossene Entwurf für ein Vorruhestandsgesetz. Nachfolgend die wesentlichen Bestimmungen beider Gesetze.

„**E**inen Meilenstein für die Vermögenspolitik“ nannte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm das Vermögensbeteiligungsgesetz anlässlich der abschließenden Beratung im Bundesrat. Das Vermögensbeteiligungsgesetz passe in die aktuelle wirtschafts-, sozial- und tarifpolitische Landschaft, sagte Blüm. „Es ist ein weiterer Schritt zur Versöhnung von Arbeit und Kapital, zur Stärkung der sozialen Partnerschaft. Wir wollen ein Volk von Eigentümern. Investitionen sind das Ergebnis der Leistungsgemeinschaft von Kapital und Arbeit. Wenn die Arbeitnehmer durch eine vernünftige Lohnpolitik Investitionen mit ermöglichen, müssen sie an den Früchten dieser Investitionen teilhaben.“

Von dem Fortschritt in der Vermögenspolitik sollten nicht nur die Arbeitnehmer profitieren. „Auch den Unternehmen bringt das Gesetz spürbare Vorteile. Die Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer kann helfen, die geschrumpfte Eigenkapitaldecke der Unternehmen wieder zu vergrößern. Wir brauchen Investitionen zur Si-

cherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und zur Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze.“

Das neue Vermögensbeteiligungsgesetz

① Der Förderungsbetrag von 624 DM nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz wird für Vermögensbeteiligungen auf 936 DM aufgestockt. Zulagebegünstigt ausgeschöpft werden kann der Aufstockungsbetrag von 312 DM allein durch Kapitalbeteiligungen und Arbeitnehmerdarlehen; die Anlage in solchen Vermögensbeteiligungen wird mit einer Arbeitnehmer-Sparzulage von 23 Prozent gefördert (33% bei mehr als 2 Kindern). Vermögenswirksame Leistungen bis zur Höhe von 624 DM jährlich können wie bisher in allen Formen des Anlagekatalogs zulagebegünstigt angelegt werden.

② Der Anlagekatalog wird auf weitere praktikable Formen der Vermögensbeteiligung ausgedehnt, und zwar auf Genossenschaftsanteile, Genußscheine, typische stille Beteiligungen sowie Arbeitnehmerdarlehen. Voraussetzung für die Förderung der Arbeitnehmerdarlehen ist, daß sie für den Insolvenzfall durch Versicherungsunternehmen oder durch Bankbürgschaften in voller Höhe privatrechtlich abgesichert sind.

③ Die Steuerermäßigung, die kleine Unternehmen (bis zu 50 Arbeitnehmer) nach geltendem Recht für die von ihnen erbrachten vermögenswirksamen Leistungen erhalten, wird — als besondere Mit-

telstandskomponente — auf Unternehmen mit bis zu 60 Arbeitnehmern ausgedehnt, wobei Schwerbehinderte nicht mitgerechnet werden. Um einen Anreiz zur zusätzlichen Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu schaffen, werden auch Auszubildende auf die Beschäftigtenzahl nicht angerechnet.

④ Die Überlassung von Kapitalbeteiligungen und Darlehensforderungen an Arbeitnehmer wird auch nach dem Einkommensteuergesetz begünstigt: Wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer die Beteiligung gratis oder verbilligt überläßt, ist dieser Vorteil bei Einhaltung einer sechsjährigen Sperrfrist bis zu 300 DM jährlich lohnsteuerfrei, wobei der steuerfreie Vorteil allerdings auf die Hälfte des Wertes der Vermögensbeteiligung begrenzt ist.

Diese steuerliche Begünstigung ist im Gegensatz zur Förderung nach dem Vermögensbildungsgesetz an keine Einkommensgrenze gebunden und kann unabhängig von der erweiterten Förderung nach dem Vermögensbildungsgesetz in Anspruch genommen werden. Bisher war diese Regelung auf Belegschaftsaktien beschränkt, jetzt gilt sie für alle Kapitalbeteiligungen und Arbeitnehmerdarlehen. Soweit erforderlich, ist den sogenannten Pionierunternehmen, die bereits Beteiligungsmodelle praktizieren, eine dreijährige Übergangsregelung eingeräumt worden, damit sie ihre Modelle an das neue Recht anpassen können.

Mit dem jetzt verabschiedeten Gesetz wird die staatliche Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand erheblich ausgeweitet: Bisher betrug die staatliche Förderung nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz maximal 206 DM, künftig sind es 460 DM. Das ist mehr als eine Verdoppelung.

Wenn ein Arbeitnehmer diese Förderung der Vermögensbeteiligung auf beiden Wegen entsprechend der Festlegungsfrist

sechs Jahre lang nutzt, verfügt er einschließlich Zins und Zinseszins in Höhe von jährlich 6% nach 6 Jahren über ein Vermögen von ca. 11 177 DM. Der eigene Aufwand des Arbeitnehmers beträgt hierbei nur 6 124,20 DM. In 10 Jahren kann ein Arbeitnehmer auf diese Weise ein Vermögen von ca. 21 460 DM erwerben.

Vorruhestandsregelung

Mit dem Vorruhestandsgesetz werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Arbeitnehmer in den nächsten 5 Jahren bereits mit 59 Jahren vorzeitig in den Ruhestand treten und ihren Arbeitsplatz für jüngere arbeitslose Arbeitnehmer freimachen können. Zur Finanzierung der Regelung sollen neben dem Staat die aktiv am Erwerbsleben Beteiligten durch teilweisen Verzicht auf Gewinn und Lohnerhöhung beitragen.

Dieses Gesetz zielt nicht auf eine dauerhafte Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Es ist vielmehr ein Angebot zu einem Beschäftigungspakt zwischen Staat und Tarifvertragsparteien in einer demographisch bedingt schwierigen Übergangszeit.

Das Gesetz geht im einzelnen von folgenden Grundsätzen aus:

① Arbeitnehmer und Arbeitgeber treffen eine Vereinbarung, daß der Arbeitnehmer gegen Zahlung eines Vorruhestandsgeldes, das er bis zum frühestmöglichen Beginn des Altersruhegeldes, längstens bis zum 65. Lebensjahr, beanspruchen kann, vorzeitig aus seiner Beschäftigung ausscheidet.

② Der Arbeitgeber erhält von der Bundesanstalt für Arbeit einen Zuschuß von 40 v. H. zu seinen Aufwendungen für das Vorruhestandsgeld und die Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, wenn er für den ausscheidenden Arbeitnehmer einen Ar-

beitslosen oder einen über den eigenen Bedarf hinaus Ausgebildeten einstellt.

③ Das Vorruhestandsgeld muß mindestens 65 v. H. des Bruttolohnes des Arbeitnehmers betragen. Höhere Leistungen können durch Tarif- oder Einzelvertrag vereinbart werden. Sie sind bis zur 65%-Grenze zuschlußfähig.

④ Der Arbeitnehmer ist während des Bezugs von Vorruhestandsgeld in der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung pflichtversichert. Vom Vorruhestandsgeld sind Beiträge und Lohnsteuer wie vom Arbeitslohn zu entrichten.

⑤ Bei einem Vorruhestandsgeld von 65 v. H. des Bruttolohnes verbleibt dem Arbeitnehmer nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer eine Nettoleistung von etwa 70 v. H. seines früheren Nettolohnes. Das Vorruhestandsgeld ist damit höher als das Arbeitslosengeld und höher als das Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung, das ein Arbeitnehmer mit durchschnittlichem Verdienst nach 40 Versicherungsjahren zu erwarten hat.

⑥ Die Zugangsvoraussetzungen zu den flexiblen und vorgezogenen Altersruhegeldern werden nicht verändert. Schwerbehinderte, berufs- und erwerbsunfähige Arbeitnehmer, Arbeitslose und Frauen erhalten das Altersruhegeld mit 60 Jahren auch künftig unter den gleichen Voraussetzungen wie bisher.

Der Erfolg des Vorruhestandsgesetzes hängt davon ab, in welchem Umfang die Sozialpartner das Angebot des Staates zu einem Pakt für mehr Beschäftigung und eine flexiblere Gestaltung der Lebensarbeitszeit annehmen werden. Der Staat ist bereit, sich mit erheblichen zusätzlichen finanziellen Mitteln an der Zahlung der Vorruhestandsleistungen zu beteiligen. Die Bundesanstalt für Arbeit, die das Vorruhestandsgesetz durchführt, wird für je 100 000 Vorruhestandsfälle nach Abzug

der Einsparungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe jährlich mit Kosten von ca. 560 Mio. belastet.

Die Zahl der älteren Arbeitnehmer im Alter von 59 und mehr Jahren, für die das Vorruhestandsgesetz in Frage kommt, wird 1984 ca. 770 000 betragen und bis 1988 wegen des Altersaufbaus bis auf 840 000 ansteigen. Wenn man unterstellt, daß etwa die Hälfte der 59 Jahre alten und ca. $\frac{2}{3}$ der 60jährigen und älteren Arbeitnehmer vom Vorruhestand Gebrauch machen, wäre nach der Einführungsphase im Jahre 1985 mit ca. 475 000 in den Vorruhestand tretenden Arbeitnehmern zu rechnen. Die Zahl würde bis 1988 auf ca. 515 000 Arbeitnehmer ansteigen.

Unterstellt man, daß etwa die Hälfte der von diesen Arbeitnehmern freigemachten Arbeitsplätze wieder besetzt wird, so würden für ca. 250 000 Arbeitslose und Jugendliche zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen.

Nach Einschätzung der Bundesregierung werden die parlamentarischen Beratungen für den Gesetzentwurf so zeitig abgeschlossen werden, daß das Gesetz im Frühjahr 1984 in Kraft treten kann.

Beitragssätze in der Krankenversicherung sinken weiter

Seit dem 1. Januar 1983 haben über 540 Krankenkassen ihre Beitragssätze gesenkt, wodurch die Versicherten und die Wirtschaft allein im vergangenen Jahr um rund 1 Mrd. DM entlastet wurden. Der durchschnittliche Beitragssatz ist von 12,0% zum Jahresende 1982 auf jetzt rund 11,7% abgesunken. Staatssekretär Franke erklärte, zu Beginn des Jahres 1984 sei mit weiteren Beitragssatzsenkungen zu rechnen. Entsprechende Ankündigungen aus dem Bereich der Orts-, Innungs-, Betriebs- und Angestellten-Krankenkassen lägen bereits vor.

■ KOMMUNEN

Der Bund läßt die Gemeinden nicht im Stich

Zu Beginn des Jahres 1984 zeigt sich deutlich, daß die Bundesregierung unter Helmut Kohl ihre gesamtstaatliche Mitverantwortung für die Gemeinden intensiv wahrnimmt; stellt der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium und Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU, MdB Horst Waffenschmidt, fest.

Seit dem 1. Januar 1984 ist eine weitere Senkung der Gewerbesteuerumlage in Kraft, die die Gemeinden an Bund und Länder zu zahlen haben. Sie dient dem Ausgleich von Gewerbesteuerentlastungen für die Wirtschaft. Sie macht aber zugleich deutlich, daß die Bundesregierung keinen finanzpolitischen Verschiebepfahndorf zu Lasten der Gemeinden will, sondern Ausgleich sofort bereitstellt.

Die erneute Anhebung des Länderanteils an der Umsatzsteuer ab 1. Januar 1984 um über eine Milliarde Mark pro Jahr wurde vom Bund bereitgestellt, damit die Länder davon auch den Gemeinden mitgeben. Dies gilt auch für die Finanzmittel, die die Länder bereits 1983 durch Beschlüsse des Bundes zum Ausgleich von Steuerentlastungen und für die Ausgaben der Länder und Gemeinden erhalten haben.

Die Gewerbesteuergarantie, von Bundeskanzler Helmut Kohl vor der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages betont und wiederholt vor den Präsidenten und Hauptgeschäftsführern der drei kommunalen Spitzenverbände, gibt den

Gemeinden verlässliche Orientierungspunkte für ihre Finanzplanung.

In einer neuen Sonderkommission des Finanzplanungsrates, eingesetzt auf Vorschlag von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, beraten in diesem Jahr Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden über mögliche Ausgabenentlastungen in den Gemeindehaushalten. Die Entbürokratisierungskommission der Bundesregierung, berufen auf Vorschlag von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, wird bereits im März dem Bundeskabinett erste Vorschläge unterbreiten, die Verwaltungsvereinfachungen herbeiführen sollen und insbesondere die kommunale Selbstverwaltung stärken werden.

Die Haushaltskonsolidierungsinitiativen der Bundesregierung, zum Beispiel bei den Personalkosten, und die eigenen Sparbemühungen der Gemeinden zeigen erste Erfolge, indem sich die Finanzierungsdefizite der kommunalen Haushalte nachhaltig verringern.

Alle diese Initiativen sind dringend notwendig für die Gemeinden; denn dadurch werden wieder mehr kommunale Investitionen ermöglicht, wie im Umweltschutz und bei der Stadt- und Dorferneuerung.

Verfehlt Klagen

Zu den Forderungen des NRW-Innenministers Schnoor nach einer erneuten Gemeindefinanzreform erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Friedrich Voss: Innenminister Schnoor sollte bedenken, daß die von ihm kritisierten Eingriffe in die Gewerbesteuer — wie die Abschaffung der Lohnsummensteuer und die mehrfache Anhebung der Freibeträge — unter der politischen Verantwortung der Sozialdemokraten erfolgten. Das Finanzierungsdefizit der Kommunen werde 1983 auf voraussichtlich 2 Milliarden DM absinken, während es 1982 noch 7½ Milliarden DM und 1981 sogar rund 11 Milliarden DM betragen hätte, stellte Voss fest.

■ INFORMATION

DGB kein „Staat im Staate“

Zu den Angriffen des DGB-Vorsitzenden, Ernst Breit, auf den Bundeskanzler erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid): Die Ausführungen von Ernst Breit zum Inhalt der Tarifautonomie offenbaren ein für einen freiheitlich-demokratischen Gewerkschafter merkwürdiges Verfassungsverständnis, das nicht von den Normen des Grundgesetzes, insbesondere des Artikels 9 Abs. 3 GG gedeckt wird. Die von mehreren Einzelgewerkschaften des DGB ultimativ erhobene Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich verändert über die unmittelbaren tarif- und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen hinaus tiefgreifend die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Wenn Bundeskanzler Kohl seine Besorgnis wegen der negativen Wirkungen dieser Arbeitszeitverkürzung zum Ausdruck bringt, handelt er nicht nur im Einklang mit Buchstaben und Geist unserer Verfassung, sondern auch als Regierungschef, der für das gesamte Gemeinwesen politische Verantwortung trägt.

Der Vorsitzende des DGB sollte zur Kenntnis nehmen, daß seine Organisation als — wichtiger und unbedingt notwendiger — Interessenverband keine Privilegien im demokratischen Staat für sich in Anspruch nehmen kann. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften sind kein autonomer mit Unfehlbarkeit ausgestatteter „Staat im Staate“, sondern haben eine dienende Teilfunktion zum Wohle des Ganzen zu übernehmen. In dieser Rolle müs-

sen sie sich der Kritik der Staatsorgane stellen und sich mit ihr argumentativ auseinandersetzen, statt wehleidig und unglaubwürdig von angeblichen Angriffen auf die Tarifautonomie zu sprechen.

„Schuldscheine“ von Egon Bahr übernommen

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und die CDU/CSU-Fraktion haben die Kritik der SPD an der Entwicklungspolitik zurückgewiesen. Der Parlamentarische Staatssekretär Volkmar Köhler warf der SPD vor, sie wolle mit ihrer „maßlosen Kritik weitgehend wider besseres Wissen“ offenbar die gemeinsamen Grundlagen in der Dritte-Welt-Politik zerstören. Der CDU-Entwicklungsexperte Günther Hüsch sagte, die SPD wolle vergessen machen, daß das, was sie nun als angebliche Wende brandmarke, zum größten Teil von ihr verschuldet oder eingeleitet worden sei.

Köhler wies insbesondere die Vorwürfe wegen Kürzung der sogenannten Verpflichtungsermächtigungen für Finanzzusagen zurück. Die Regierung habe einen „Riesenbestand“ von 28 Milliarden Mark Zusagen vorgefunden, die in keinem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Barhaushalts stünden. Um diese Schere zu schließen, sei es notwendig, die Verpflichtungsermächtigungen zeitweise zu kürzen. „Bitter“ sei es auch, daß Minister Jürgen Warnke (CSU) noch Schuldscheine aus der Zeit des damaligen SPD-Entwicklungshilfeministers Egon Bahr für Leistungen an die Internationale Entwicklungsbank vorgefunden habe.

Thema Autobahngebühren

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat die Forderung des Abgeordneten Dionys Jobst, eine Autobahngebühr für Ausländer auch in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen, mit Interesse

zur Kenntnis genommen. Dollinger wies auf seine wiederholten Vorstöße und Anforderungen in den europäischen Gremien auf Abschaffung der Gebühren im Ausland hin. Angesichts der Untätigkeit der Regierungen der Länder, in denen Autobahngebühren erhoben werden und angesichts der großen Belastungen der Bundesrepublik durch den Transitverkehr habe er für die Forderung Jobsts Verständnis. Dollinger versicherte, daß er seine Bemühungen um einen Abbau und die Beseitigung der Autobahngebühren im Ausland intensiv fortsetzen werde.

In den Verhandlungen mit Österreich konnte der Bundesverkehrsminister einen ersten Erfolg verbuchen. So wurden ab 1. Januar 1984 die bisher ausländische Unternehmen diskriminierenden Mautgebühren für die Benutzung der Brenner-Autobahn auf ein Viertel des bisherigen Betrages gesenkt. Die Neuregelung stellt eine Lösung für einen Teilbereich der Probleme dar, die im Zusammenhang mit Straßenverkehrsabgaben bestehen. Dollinger äußerte die Hoffnung, daß man auch in den europäischen Gremien schrittweise zu Lösungen komme, die zur gebührenfreien Benutzung des europäischen Straßennetzes führen. Einer gesamteuropäischen Lösung gebühre der Vorrang vor der Erhebung neuer Abgaben auch bei uns.

Die Scheinmoral von Günter Grass

Zu den Äußerungen von Günter Grass und Heinrich Albertz auf dem Schriftstellertreffen in Heilbronn erklärt der CDU/CSU-Abgeordnete Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt: Die Aufhetzung unserer Bevölkerung gegen den Verteidigungswillen der Bundesrepublik Deutschland durch den Schriftsteller Günter Grass und den Pfarrer Heinrich Albertz ist ein Anschlag auf die Grundlagen unse-

rer Verfassung und unserer Selbstbehauptung im Rahmen des Atlantischen Bündnisses. Wer im Namen einer Scheinmoral so spricht, legt die Axt an die Wurzel unserer Demokratie, zu der auch die Wehrpflicht gehört. Unsere Demokratie beruht darauf, daß Mehrheit und Minderheit die politisch-moralische Güterabwägung des anderen respektieren und daß die auf Zeit gewählte Mehrheit ihren Willen durchsetzt. Dies gilt auch für die Nachrüstungs-Entscheidung der Mehrheiten im deutschen, britischen und italienischen Parlament. Wer als Vertreter einer Minderheit, wie Grass und Albertz, einen politisch-moralischen Unfehlbarkeitsanspruch erhebt, begibt sich auf eine abschüssige Bahn, an deren Ende ein politisches System stehen könnte, das den inneren Rechts- und Friedensbruch namens höherer Moral rechtfertigt.

Sportstättenbau 1983 spürbar erweitert

Im Jahre 1983 wurde die Errichtung von Sportstätten des Breitensports und des Hochleistungssports mit erheblichen Bundeszuschüssen unterstützt. Der Bundesminister des Inneren hat mit 37,1 Mio. DM (1982: 30,30 Mio. DM), davon 33,3 Mio. DM aus dem Haushalt des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, im Rahmen der Zonenrandförderung 231 Anlagen des Breitensports gefördert, u. a. 2 Freibäder, 62 Sportplatzanlagen, 30 Tennisanlagen, 1 Reitsportanlage, 38 Sporthallen, 57 Umkleieräume, Sportheime, Sanitärgebäude, 16 Schießanlagen, 2 Eissportanlagen, 1 Wassersportanlage, 22 Sonderanlagen. Die Mittel für diese Förderung reichen nicht aus, um allen Förderungsanträgen rechtzeitig entsprechen zu können. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung des Sportstättenbaues für den Hochleistungssport. Mit Zuschüssen von insgesamt 22,2 Mio. DM (1982: 18,7 Mio. DM) wurden Baumaßnahmen in 24 Bundesleistungszentren bzw. Bundesstützpunkten durchgeführt.

■ BUNDESPARTEI

Erfolgreiche Aktion für den Frieden Bilanz der 10 000 Friedenstage

Die CDU hat in den vergangenen Monaten die Auseinandersetzung über den richtigen Weg der Friedenssicherung nicht nur im Parlament, sondern auch überall im Lande im direkten Gespräch mit unseren Mitbürgern geführt. Im Rahmen der Aktionsreihe „10 000 Friedenstage“ haben die Gliederungen der CDU in Veranstaltungen deutlich gemacht, daß die Sicherheitspolitik der CDU realistische Friedenspolitik ist.

In der Zeit vom 8. Juni 1983 bis heute haben insgesamt 10 114 Veranstaltungen zum Thema „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ stattgefunden, wodurch die CDU etwa 3,5 Millionen Bürger direkt ansprechen konnte. Bis zum 4. Februar 1984 werden noch 50 weitere Veranstaltungen im Rahmen dieser Aktion stattfinden. Der nationale Konsens, der 25 Jahre lang in Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik bestanden hat, ist von der SPD zerbrochen worden. Die Auseinandersetzung über den richtigen Weg der Friedenssicherung mußte erneut geführt werden. Auf den „10 000 Friedenstagen“ sind gegen Desinformation und Demagogie von Teilen der SPD und der Protestbewegung Argumente gesetzt worden.

Die Mitglieder und Basisverbände der CDU haben die von ihnen durchgeführten Veranstaltungen nicht als „lästige Pflichtveranstaltung“ verstanden, sondern sie gewissenhaft und mit großem Ernst inhaltlich vorbereitet, stellt Generalsekretär Hei-

ner Geißler fest. Vertreter der örtlichen Friedensinitiativen sowie der beiden Kirchen, der Bundeswehr oder der Gewerkschaften und der verschiedenen Jugendgruppen wurden gezielt und bewußt von der CDU zu diesen Veranstaltungen eingeladen, so daß auch wirklich ein Dialog und ein kontroverses Gespräch zustande kam und zahlreiche Bürger angesprochen wurden, die normalerweise nicht an Parteiveranstaltungen der CDU teilnehmen. Dadurch konnte die CDU die Chance wahrnehmen, viele Vorurteile, übertriebene Ängste, Unwissenheit in sicherheitspolitischen Fragen abbauen und der teilweisen Verunsicherung in Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik entgegenzutreten.

Wie breit die Zustimmung zur Friedens- und Sicherheitspolitik der Union in der Bevölkerung ist, kann auch davon abgelesen werden, daß nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach Ende November 50,6 Prozent der Befragten für die CDU/CSU stimmen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre.

Die SPD ist unter Führung von Willy Brandt aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik des Westens ausgestiegen. Ihr Nein zum NATO-Doppelbeschluß ist in seiner Konsequenz ein Nein zur NATO selbst. Die Ablehnung der westlichen Nachrüstung durch die SPD führt die Bundesrepublik Deutschland langfristig aus der NATO heraus in ein politisches Niemandsland und hat im Endergebnis die Abhängigkeit von der Sowjetunion zur

Folge. Der CDU ist es durch ihre Herbstaktionen gelungen, die Gefahren für die Sicherheit unseres Landes bewußt zu machen, die mit dem außen- und sicherheitspolitischen Kurswechsel der SPD verbunden sind.

Zum gleichen Thema stellte Bundesgeschäftsführer Peter Radunski vor der Bonner Presse fest:

Die Aktion stand in der Kontinuität von Kundgebungen und Kongressen, die dieses Thema ebenfalls zum Inhalt hatten und die von der CDU und ihren Verbänden veranstaltet wurden.

■ November 1981: Friedensdemonstration der Jungen Union Deutschlands in Bonn.

■ Juni 1982: Großdemonstration der CDU unter dem Motto „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ in Bonn.

■ Februar 1983: Friedenskongreß der CDU in Bonn.

■ September 1983: Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch als Streitgespräch zwischen Franz Alt und Heiner Geißler zum Thema Frieden.

■ November 1983: Europäischer Friedenskongreß mit internationaler Beteiligung im Konrad-Adenauer-Haus.

Die Aktion „10000 Friedenstage der CDU“ wurde am 19. September 1983 in Bonn durch eine Kreisvorsitzendenkonferenz, auf der auch Bundeskanzler Kohl das Wort ergriff, eingeleitet. Die CDU hat die Friedensdiskussion in Formen geführt, die einer politischen Partei gemäß sind: auf Kreisparteitagen, auf Diskussionsabenden, Parteiausschußsitzungen, in Ortsverbandsveranstaltungen, beim Straßen-Canvassing, auf Seminaren und besonderen Aktionsveranstaltungen. An einzelnen Aktionsarten wurden gemeldet:

672 Flugblattaktionen informierten Bürger kurzgefaßt über wichtige Sachfragen.

5175 Canvassing-Aktionen (Info-Stände im Freien und Hausbesuche) brachten jenen Bürgern CDU-Argumente nahe, die nicht gerne Parteiveranstaltungen besuchen.

1015 Plakatierungen und Anzeigenaktionen wiesen auf die Aktionen der CDU hin.

950 Vorführungen des Videofilms „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ dienten zur Hintergrundinformation.

2352 Veranstaltungen wurden auf unterschiedlichen regionalen Ebenen, z. B. Ortsvereine und Kreisverbände, gemeldet.

Die Bundesgeschäftsstelle unterstützte die Aktionen mit Informationsmaterial, das in sehr großer Anzahl angefordert und verteilt wurde. Zusätzlich wurden dazu in den internen Informationsmitteln (UId, Monatsblatt) zahlreiche Anregungen geliefert.

Bei allen Materialien wurde besonderer Wert auf sachliche und argumentative Information gelegt, die sich bewußt von der polemischen Agitation der selbsternannten Friedensbewegung absetzte. Zentrale Argumentationsmaterialien waren eine vierseitige Aktionszeitung, die in 310000 Exemplaren verteilt wurde, und ein Argumentationsfaltblatt in einer Auflage von 840000 Exemplaren.

In Informationsbroschüren wurden Einzelthemen und Reden zusammengefaßt. Diese wurden in einer Gesamtauflage von 590000 Exemplaren verteilt. Flugblätter, Aktions- und Rahmenplakate, Aufkleber, Textilbuttons, der Videofilm und Anzeigenvorlagen unterstützten ebenfalls die Aktivitäten der Gliederungen der CDU.

Genauere Angaben über die Aktion „10000 Friedenstage der CDU“ sind in einer 26seitigen Dokumentation zusammengefaßt. Diese erhalten Sie auf Anforderung von der Pressestelle der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter der Telefonnummer (0228) 544-522.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neu: Video-Film „CDU – Die große deutsche Volkspartei“

Die Geschichte und die Politik der CDU werden den Besuchern des Konrad-Adenauer-Hauses seit einigen Wochen in Form einer Tonbildschau vorgestellt. Der große Erfolg dieser Präsentation hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle veranlaßt, die Tonbildschau in Form eines Video-Films möglichst vielen Mitgliedern und Interessierten zugänglich zu machen.

Der ca. 20minütige Film zeigt die wesentlichen Stationen der Politik der CDU seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland auf. Der Film eignet sich durch seinen hohen Informationswert für den Gebrauch bei parteiinternen Veranstaltungen ebensogut wie für den Einsatz in Schulen, Volkshochschulen und anderen Bildungsinstitutionen — überall dort, wo anschauliches Material über die CDU gewünscht wird. Auch an Canvassing-Ständen und auf Messen kann der Film vorgeführt werden. Wegen der großen Fülle von Informationen und Bildern sollte er vor nicht zu großen Gruppen gezeigt werden.

Der Film spricht folgende Aspekte der CDU-Geschichte an:

■ **Die CDU als junge Partei mit langer Tradition.** Nach dem Krieg gegründet, faßte sie christlich-soziales, freiheitlich-liberales Gedankengut in einer überkonfessionellen Partei zusammen.

■ **Die CDU als Partei des Wiederaufbaus.** Ihre Kanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger schufen die Grundlagen einer Gesell-

schaftsordnung, die für viele Länder zum Vorbild geworden ist.

■ **Programmatische Erneuerung in der Opposition.** Das 1978 verabschiedete Grundsatzprogramm formuliert die Grundwerte der CDU aus dem christlichen Menschenbild heraus.

■ **Die lebendige Volkspartei CDU.** Rund 3/4 Millionen Mitglieder bekennen sich zu ihr.

■ **Das Konrad-Adenauer-Haus** als Motor der Parteiarbeit sorgt dafür, daß die Arbeit der CDU reibungslos und damit überzeugend läuft.

■ **Die CDU als stärkste politische Kraft.** In Deutschland stellt sie die Mehrheit der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte. In den meisten Ländern ist sie Regierungspartei oder stärkste Partei. Im Bundestag ist die CDU/CSU stärkste Fraktion, und im Europäischen Parlament stellt sie die meisten deutschen Abgeordneten.

■ **In der Regierungsverantwortung für Deutschland.** Wichtige Regierungsentscheidungen werden erläutert.

Ein Ansichtsexemplar des Filmes geht in diesen Tagen den Kreisgeschäftsstellen zu. Er kann über das IS-Versandzentrum erworben werden.

Video-Film

„CDU — Die große deutsche Volkspartei“

Mindestabnahme 1 Exemplar

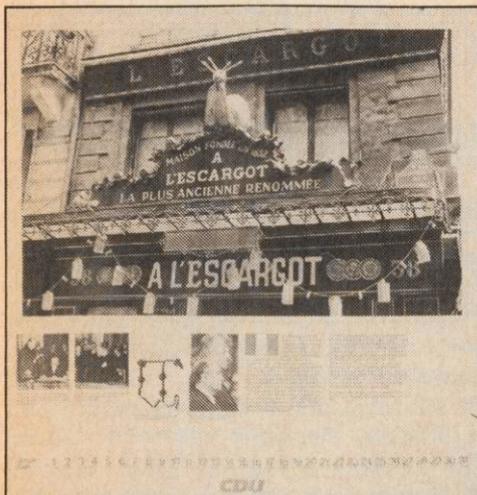
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM

System VHS — Bestell-Nr: 4487

System Betamax — Bestell-Nr: 4488

System Video 2000 — Bestell-Nr: 4489

Der CDU-Europa-Kalender 1984



Die Abbildung zeigt das Kalenderblatt des Monats Januar

Der Europa-Kalender 1984, den die CDU-Bundesgeschäftsstelle bereits gegen Ende des Jahres 1983 vorstellte, hat mit dem Beginn des Jahres 1984 besondere Aktualität als Werbe- und Informationsmittel gewonnen. Denn dieser Kalender weist durch seine Gestaltung in Wort und Bild auf das herausragende politische Ereignis dieses Jahres hin: Die Europa-Wahlen, mit denen am 17. Juni 1984 die Bürger die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments zum zweiten Mal direkt bestimmen können.

Auf 12 Kalenderblättern stellt der Kalender die 10 Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft vor sowie Spanien und Portugal, die ihren Beitritt beantragt haben. Jedes Kalenderblatt zeigt auf einer großen Abbildung ein für das entsprechende Land typisches vierfarbiges Motiv.

Darunter weisen politische Texte und Fotos auf die Bedeutung des Landes in der Europäischen Gemeinschaft und die Verbindung der CDU zu den jeweiligen Part-

nerparteien hin. Durch diese ausgewogene Mischung in Bild und Text wird der Kalender zum ansprechenden Begleiter für das ganze Jahr.

Für den Kalender gibt es viele Nutzungsmöglichkeiten. Neben der Eigenwerbung zu Hause wird er besonders in Räumen mit starkem Publikumsverkehr den europäischen Gedanken an eine Vielzahl von Mitbürgern herantragen und so helfen das Verständnis für die bevorstehenden Wahlen zu fördern. Aber auch für die Ehrung von Jubilaren, als Dank für hilfreiche Unterstützung, für die Würdigung eines Freundschaftsdienstes oder immer dann, wenn man „eine Kleinigkeit“ verschenken möchte, ist der CDU-Kalender genau richtig.

Format: 45 × 47 cm

Umfang: 14 Blätter

Druck: vierfarbig

Der Kalender kann nur über das IS-Versandzentrum bezogen werden.

Mindestabnahme 5 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 35,— DM zuzüglich Mehrwertsteuer.

Bestell-Nr. 2442

Hinweis für Einzelbesteller:

Einzelbesteller können den Kalender gegen Voreinsendung eines 10-Mark-Scheines bestellen vom

**IS-Versandzentrum, Postfach 13 28
4804 Versmold**

Hiermit bestelle ich 1 Exemplar des Kalenders „Europa 84“. 10,— DM liegen dieser Bestellung bei.

Vorname / Name

Straße / Hausnummer

Postleitzahl / Wohnort

STICHWORT

Neuregelung des Zivildienstes ist verfassungskonform

Am 16. Dezember 1982 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes verabschiedet. Dieses Gesetz, das am 1. Januar 1984 in Kraft getreten ist, enthält drei wesentliche Neuregelungen:

- Die bisherige Form der Gewissensprüfung entfällt für alle ungedienten Antragsteller.
- Der Zivildienst wird in Zukunft um ein Drittel länger dauern als der Grundwehrdienst.
- Es werden so viele Zivildienstplätze geschaffen, daß alle anerkannten Kriegsdienstverweigerer zum zivilen Ersatzdienst eingezogen werden können.

Vor wenigen Monaten haben nun die SPD-regierten Bundesländer Hessen, Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen Verfassungsklage gegen dieses Gesetz erhoben. Die verfassungsrechtlichen Bedenken der SPD-geführten Länder gehen von der Behauptung aus, daß das neue Prüfungsverfahren eine Verschärfung gegenüber der alten Regelung darstelle und mithin die vorgesehene Verlängerung des Zivildienstes ungerechtfertigt sei.

Richtig ist:

Die mit der Mehrheit des Deutschen Bundestages verabschiedete Neuregelung bewegt sich in dem Rahmen, den das Bundesverfassungsgericht im April 1978 vorgegeben hat. Danach wäre sogar eine Verlängerung des Zivildienstes auf bis zu 24 Monate mit Artikel 12 a des Grundgesetzes vereinbar: „Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes

nicht überschreiten.“ Das Bundesverfassungsgericht hat dazu ausgeführt, daß der Zivildienst der „Dauer des Wehrdienstes einschließlich der in § 6 Wehrpflichtgesetz vorgesehenen Wehrübungen voll entsprechen“ kann.

Zum Wehrdienst gehört also nicht nur der Grundwehrdienst, hierzu zählen auch die Wehrübungen und der Wehrdienst in der Verfügungsbereitschaft. Deswegen kam ein Gutachten, das die ehemaligen Bundesminister Schmude und Baum für die frühere Bundesregierung erstellt hatten, zu dem Ergebnis, daß eine Verlängerung des Zivildienstes auf 20 Monate nicht nur verfassungskonform, sondern auch angemessen ist.

Im übrigen sind wegen der unterschiedlichen Struktur beider Dienste die Zivildienstleistenden gegenüber den Wehrdienstleistenden in mehrfacher Hinsicht bessergestellt:

- Die Zivildienstleistenden sind nicht der militärischen Disziplin unterworfen.
- Die Zivildienstleistenden schlafen überwiegend zu Hause.
- Zivildienstleistende, die in Dienstunterkünften schlafen, brauchen in der Regel nicht die Nachteile von Massenunterkünften hinzunehmen, wie sie zum Beispiel in Kasernen gegeben sind.
- Sie können sich überwiegend ihre Beschäftigungsstelle und damit auch ihren Beschäftigungsort selbst aussuchen.
- Zivildienstleistende erhalten Vergütungsgeld auch dann, wenn sie zu Hause wohnen und dort versorgt werden.

Nicht zuletzt wegen dieser Unterschiede ist eine Probe auf die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung durch eine Verlängerung des Zivildienstes auf 20 Monate sehr angemessen. Die Verfassungsrichter haben festgestellt, daß bei Abschaffung des bisherigen Prüfungsverfahrens eine Zivildienstdauer von nur 18 Monaten nicht ausreicht.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

Terminplanung für Präsidiums-, Bundesvorstands- und Bundesausschüß- sitzungen der CDU für 1. Halbjahr 1984

12. 1. 1984	Donnerstag	9.00 Uhr (ganztäglich)	Präsidium	Bonn
23. 1. 1984	Montag	10.00 Uhr	Präsidium	Bonn
23. 1. 1984	Montag	11.00 Uhr	Bundesvorstand	Bonn
6. 2. 1984	Montag	10.00 Uhr	Präsidium	Bonn
20. 2. 1984	Montag	11.00—15.00 Uhr	Bundesausschuß	Bonn
12. 3. 1984	Montag	10.00 Uhr	Bundesvorstand	Bonn
25. 3. 1984	Landtagswahl Baden-Württemberg			
26. 3. 1984	Montag	9.30 Uhr	Präsidium	Bonn
26. 3. 1984	Montag	11.00 Uhr	Bundesvorstand	Bonn
9. 4. 1984	Montag	9.30 Uhr	Präsidium	Bonn
8. 5. 1984	Dienstag	17.00 Uhr	Präsidium	Stuttgart
8. 5. 1984	Dienstag	18.00 Uhr	Bundesvorstand	Stuttgart
9.—11. 5. 1984	Mittwoch—Freitag	32. Bundesparteitag		Stuttgart
22. 5. 1984	Dienstag	Fraktionssitzung der CDU/CSU-Abgeordneten der Bundesversammlung		Bonn
23. 5. 1984	Mittwoch	Bundespräsidentenwahl		Bonn
17. 6. 1984	Europawahl Kommunal Rheinland-Pfalz und Saarland			
18. 6. 1984	Montag	9.30 Uhr	Präsidium	Bonn
18. 6. 1984	Montag	11.00 Uhr	Bundesvorstand	Bonn
2. 7.—9. 9. 1984	Parlamentarische Sommerpause			

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UjD